Sitzungsvorlage

Drucksache Nr. 819/2021

Teningen, den 2. Juni 2021

Federführender Fachbereich: FB 3 (Soziales, Bildung, Familie, Bürgerservice)

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Verwaltungsausschuss (nicht öffentlich)	16.06.2021	Vorberatung
Gemeinderat (öffentlich)	29.06.2021	Beschlussfassung

Betreff:

Übernahme von Kinderbetreuungsgebühren aufgrund Corona-Pandemie;
Erlass von Betreuungsgebühren für die Schulkinderbetreuung für den Zeitraum März bis Mai 2021

Es wird folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Den nicht an der kommunalen Betreuung für Schulkinder (Hort an der Schule (GTB)/Verlässliche Grundschule/flexible Nachmittagsbetreuung) teilnehmenden Familien werden die Betreuungsgebühren für die Monate März bis Mai 2021 erlassen. Bei Inanspruchnahme von ergänzenden kommunalen Betreuungsangeboten zur schulischen Notbetreuung sowie von Betreuungsangeboten während der schulischen Präsenzzeiten im Rahmen des Wechselbetriebs erfolgt im genannten Zeitraum die entsprechende Abrechnung der in Anspruch genommenen Leistungen.

[Vorschlag des Verwaltungsausschusses: 10 Ja – 0 Nein – 0 Enthaltungen]

Erläuterung:

In seiner Sitzung vom 23. Februar 2021 hat der Gemeinderat dem Erlass von Betreuungsgebühren für die nicht an der ergänzenden kommunalen Notbetreuung teilnehmenden Schulkinder (Hort an der Schule (GTB)/Verlässliche Grundschule/flexible Nachmittagsbetreuung) für die Monate Januar und Februar 2021 zugestimmt. Die Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen wird entsprechend abgerechnet.

Ab dem 22. Februar 2021 bis zum Ende der Pfingstferien durchlebten die Familien aufgrund der pandemischen Lage weiter ein Hin und Her zwischen „Schulschließungen“, „Wechselbetrieb aus Fern- und Präsenzunterricht“ und einem „eingeschränkten Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen“. Gezwungener Maßen konnten auch die kommunalen Betreuungsangebote nicht durchgehend regulär genutzt werden, sondern wechselten zwischen „Notbetreuung“ und „Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen“

Die Infektionslage, einhergehend mit der ständig wechselnden Unterrichtssituation, führte dazu, dass zur Vermeidung von Kontakten und damit letztendlich zum Schutz vor einer Corona-Infektion viele Eltern mit großem organisatorischem Aufwand versucht haben,

grundsätzlich im häuslichen Umfeld die Betreuung ihrer Schulkinder abzudecken und auf die Inanspruchnahme des Betreuungsangebotes zu verzichten. Zur Verbesserung der pandemischen Lage ist es tatsächlich gewünscht, nur dann an einem Betreuungsangebot teilzunehmen, wenn dies zwingend erforderlich ist. Somit können zusätzliche Kontakte und Durchmischungen im schulischen Bereich vermieden werden. Gemäß den gesetzlichen Vorgaben sollen die kommunalen Betreuungsangebote in möglichst konstant zusammengesetzten Gruppen stattfinden. Dies ist im kommunalen Betreuungsbereich möglich, eine Kohortenbildung analog der Klassensituation in der Schule ist aufgrund der räumlichen und personellen Situation allerdings nicht abbildbar.

Ein freiwilliger Verzicht auf Inanspruchnahme eines Betreuungsplatzes zur Reduzierung von Kontakten und damit einhergehend zur Reduzierung des Infektionsrisikos soll für die Monate März bis Mai 2021 ohne Gebührenbelastung ermöglicht werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Erlass von Betreuungsgebühren für den Zeitraum März bis Mai 2021 in Höhe von rund 16.000 Euro; eine Erstattung seitens des Landes findet nicht statt.